

Politik nach festen Gesichtspunkten und dauernden Grundsätzen geleitet werden muß, daß nur das allgemeine Interesse des Landes bestimmend sein darf, und daß die großen Grundzüge der durch ein halbes Jahrhundert erprobten Politik nicht durch unsichere Experimente verdrängt werden dürfen.»

Unmittelbar nach dem Erscheinen der Erklärung der »volkswirtschaftlichen Vereinigung« hob das Berliner Hauptorgan der Nationalliberalen hervor, daß jedenfalls auch über die Zahl der 204 Unterzeichner hinaus eine erhebliche Zahl von Reichstagsmitgliedern den Standpunkt jener Erklärung theile und sich ihrem Vorgehen anzuschließen bereit sei. Daraus folge freilich nicht, daß sich eine Mehrheit für eine Umkehr der Handelspolitik in schutzöllnerischer Richtung bereits herausgebildet habe.

»Das Land,« hieß es dann weiter, »erwartet seit langem und in steigender Ungeduld die Vereinbarung eines festen handelspolitischen Programms unter gebührender Berücksichtigung der realen Verhältnisse und der vorhandenen Bedürfnisse. Allerwärts wird die Nothwendigkeit anerkannt, aus der herrschenden Ungewißheit über die fernere Richtung der deutschen Zollpolitik herauszukommen.«

Dieser Sehnsucht des Volkes nach endlicher Gewißheit hat der Reichskanzler durch seine wichtige Kundgebung vom 15. Dezember v. J. zu entsprechen gemeint, und von vorn herein konnte man sich auch auf liberaler Seite nicht verhehlen, daß die Stimmung der Geister dem umfassenden Plane des Fürsten Bismarck entgegenkomme. »Aus der Tiefe und dem Umfang der Bewegung«, die jener Kundgebung folgte, entnahm man vor Allem die Ueberzeugung, daß die Zeit herangekommen sei, wo die seit Jahren hängenden Fragen endlich zum Abschluß kommen müssen.

»Der Wunsch, der auf allen Lippen ist, geht dahin, daß, wenn nicht die beste, doch endlich einmal irgend eine Lösung gefunden werde als Grundlage, auf welcher sich die beunruhigten wirthschaftlichen Verhältnisse einrichten können.«

Kurz darauf wurde das Verhalten erwogen, welches die liberale Partei gegenüber dem Programm des Kanzlers zu beobachten habe.

»Eines ist vollkommen klar (hieß es da): der Weg einer populären Agitation führt nicht zum Ziele. — Der Eindruck, welchen das Schreiben vom 15. Dezember im Volke gemacht, ist keineswegs ein solcher, daß man erwarten dürfte, unter dem Banner des unbedingten Kampfes gegen dieses Programm eine stattliche Partei zu sammeln. Noch weniger möchten wir dazu rathen, die Waffen des Spottes und Hohnes anzuwenden; es ist einer politischen Partei noch niemals gut bekommen, den Fürsten Bismarck scharfhaft zu nehmen. Der Brief vom 15. Dezember zeigt, daß er auf dem Wege, den er eingeschlagen hat, bereits viel weiter gekommen ist, als man dies vor sechs Monaten für möglich gehalten hätte.

Vor Allem wollen wir den Blick fest auf das gerichtet halten, was uns mit dem Fürsten Bismarck verbindet. Sein Streben, das Reich finanziell unabhängig zu machen, es von der Nothwendigkeit zu befreien, von den Einzelstaaten Stipendien anzunehmen, ist auch das unsrige. Die liberale Partei hatte dieses Ziel schon früh in die Augen gefaßt. Später hatte sie es mehr als billig aus den Augen verloren. Gegen schädliche Mittel wollen wir uns verwahren; aber daß das Ziel nicht aus den Augen verloren werde, dafür zu sorgen liegt auch uns die Pflicht ob.« —

Ein späterer Aufsatz an derselben Stelle warnte vor den »rosigen Träumen«, die sich im öffentlichen Bewußtsein an die Pläne des Kanzlers knüpften, und denen gegenüber an das Mögliche und Erreichbare zu erinnern sei.

»Versucht man, sich ein Bild von der Zukunft zu machen und dabei das Sicherere voranzunehmen, so darf man mit großer Wahrscheinlichkeit als den Hauptniederschlag der jetzigen wirthschaftlichen Bewegung eine beträchtliche Erhöhung der indirekten Steuern in Rechnung setzen. Wir haben uns schon vorläufig in den geeigneten Grenzen mit einem solchen Verlauf einverstanden erklärt. Wir waren dabei der Ansicht gewesen, es handle sich um Maßregeln, deren Unpopularität nur durch die Einsicht in die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit mühsam überwunden werden könnte. Heute hat es den Anschein, als wollte eine populäre Hochfluth das schon so oft gestrandete Boot der indirekten Steuern mit Schnelligkeit und Eleganz über die Barre bringen. Das Stichwort »indirekte Steuern« ist ausgegeben und in zahlreichen Kreisen sieht man es mit einem wahren Enthusiasmus aufgenommen.«

Es wurde dem Kanzler zugestanden: er habe zu gestalten

gewußt, was unklar in den Köpfen von Millionen spulte, — das gebe seinem Beginnen den Nachdruck.

Während so selbst in einem Blatte, welches die Zollpolitik des Kanzlers in wesentlichen Theilen bekämpft, über die Aufnahme seiner Pläne im Volke geurtheilt wird, sind inzwischen Seitens gewichtiger gewerblicher Körperschaften, sowie aus großen Versammlungen, an denen Männer der verschiedensten Parteien theilhaftig waren, die lebhaftesten Kundgebungen für die Durchführung des wirthschaftlichen Programms hervorgetreten, — und gleichzeitig haben sich hervorragende Wortführer der liberalen Partei in Nord- und Süddeutschland, welche sonst auch auf dem Gebiete der Handelspolitik grundsätzlich der freihändlerischen Richtung huldigten, offen und bestimmt für die Nothwendigkeit erklärt, unter den obwaltenden Verhältnissen die Zollpolitik des Fürsten Bismarck zu unterstützen.

Das Programm: wesentlich Finanzzölle, aber zugleich möglichste Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der großen Volksklassen und möglichste Sorge für die Bedürfnisse der Industrie und für die Fähigkeit des Reiches, günstige Verträge mit dem Auslande abzuschließen, dieses Programm (erklärt Dr. Bluntschli) sei den Wünschen der Nation entsprechend.

Eine liberale Versammlung in München billigt einstimmig das Bekenntniß des Abgeordneten von Schauß, welcher sagte:

»Der Reichskanzler hat nach meiner Ueberzeugung in zwei Grundgedanken ganz absolut Recht — und ich gebe ihm deshalb Recht, weil ich in meinem ganzen Leben zu denen gehörte, welche zum Ausgangspunkt politischen Denkens die Größe und Kraft des deutschen Vaterlandes nehmen. Der eine Grundgedanke ist, daß das Reich finanziell selbstständig und unabhängig von den Partikularstaaten stehen müsse. In der zweiten Frage bin ich der Meinung, daß wenn man das deutsche Reich mächtig genug den Nachbarstaaten gegenüberstellen will, es unumgänglich nothwendig ist, die Reichsregierung in den Besitz der Mittel zu setzen, durch welche allein erreicht werden kann, daß günstige Verträge mit den Nachbarstaaten abgeschlossen werden.«

Der Abgeordnete von Treitschke hat jüngst Worte der Mahnung an Freunde und Gegner gerichtet, worin es heißt:

»Wir brauchen ergiebige Finanzzölle und auch einige Schutzzölle für jene Zweige der nationalen Produktion, welche an sich lebensfähig und wirklich nur durch übermächtige fremde Konkurrenz in Noth gerathen sind. Wir werden aber Beides nur erreichen, wenn alle Parteien sich mit einiger Entschlossenheit rüsten und einsehen, daß Angesichts der tausend widersprechenden Interessen, welche in einem Zolltarif Berücksichtigung verlangen, Jeder ohne Ausnahme einzelne unwillkommene Zollsätze mit in den Kauf nehmen muß.«

Diese und zahlreiche andere Zeugnisse besonnener und maßvoller Auffassungen innerhalb der nationalliberalen Partei begründen die Hoffnung, daß dieselbe nicht bloß getreu ihren seit Jahren bekundeten Bestrebungen dem Kanzler in Durchführung der Finanz- und Steuerreform fest zur Seite stehen, sondern daß ein großer Theil der Partei trotz mancher Abweichung der handelspolitischen Auffassungen sich bereit finden lassen werde, die nationalen und patriotischen Bestrebungen des Fürsten Bismarck auch darin zu unterstützen, daß der deutschen Wirthschaftspolitik ihre volle Kraft und Selbstständigkeit gesichert und der deutschen Gewerthätigkeit nach allen Seiten die gebührende Rücksichtnahme gewährt werde.

Die verbündeten Regierungen haben ihrerseits, durchdrungen von der Nothwendigkeit, dem gegenwärtigen Zustande der Ungewißheit und Unsicherheit, der ebenso wie der gegenwärtige Nothstand selbst in drückender Weise auf Handel und Verkehr und auf unseren gesammten Verhältnissen lastet, sobald als möglich ein Ziel zu setzen, und beseelt von der Ueberzeugung, daß die Pläne des Kanzlers in ihrer Gesammttrichtung und in ihren wesentlichen Theilen jedenfalls dem gemeinsamen Vaterlande zu dauerndem Segen gereichen werden, ihre Zustimmung zu den Vorlagen, nachdem dieselben in Ausschüssen und Kommissionen mit Eifer und Gewissenhaftigkeit vorherberathen waren, nach kurzer Erwägung beschlossen. Gewiß hat manche der Regierungen in einzelnen Punkten andere Wünsche und Bedürfnisse gehabt; aber eine jede von ihnen hat sich dem überwiegenden Gesamtinteresse des Reiches und der Nothwendigkeit eines baldigen Abschlusses der wirthschaftlichen Fragen untergeordnet